



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

„Bedeutung des Ehrenamtes im sozialen Bereich“

**auf der Jahrestagung des
Sozialverbandes VdK Deutschland e. V. (VdK)
Kreisverband Bayreuth**

**am Samstag, den 26. November 2011
in Bayreuth**

Finanzkrise, Bankenkrise, Schuldenkrise, Eurokrise sind Schlagworte, die zurzeit die öffentliche Diskussion beherrschen. Selbstverständlich sind die damit zusammenhängenden Probleme ungemein wichtig. Der Blick auf die alltäglichen Probleme und die Bedürfnisse in unserem unmittelbaren Umfeld und Gemeinwesen kommt in der Öffentlichkeit dadurch aber manchmal etwas zu kurz.

Unser Gemeinwesen ist nicht nur von globalen Finanzströmen abhängig. Dieses lebt ganz besonders davon, dass Bürgerinnen und Bürger sich vor Ort einbringen und ohne das Motiv der materiellen Gewinnerzielung an seiner Gestaltung mitwirken. Wer sich ehrenamtlich engagiert, übernimmt als Bürgerin oder Bürger gemeinnützig Verantwortung für andere.

Viele Menschen sind aufgrund ihrer persönlichen Situation auf die Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen. Staatliche Institutionen allein könnten dies niemals leisten und sind auf die Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Aus diesem Grund ist das ehrenamtliche Engagement vor allem im sozialen Bereich unverzichtbar.

Der Sozialverband VdK hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1950 für benachteiligte Menschen eingesetzt.

In den Anfangsjahren waren dies Kriegsbeschädigte, Witwen und Waisen. In der heutigen Zeit werden besonders Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, ältere Menschen, Arbeitlose und deren Angehörige betreut.

Durch die Arbeit des VdK bekommen diese Menschen nicht nur praktische Hilfe im Alltag und bei Behördengängen. Es wird ihnen darüber hinaus auch eine Stimme verliehen, die die Öffentlichkeit und die Politik immer wieder aufs Neue auf die Bedürfnisse und Nöte dieser Menschen aufmerksam macht.

Solidarität, Bürgersinn und Zivilcourage gewinnen in Zeiten des Wandels immer stärker an Bedeutung.

Für eine Gesellschaft wie die unsere, die auf Integration und Teilhabe gründet, ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Menschen, die aufgrund ihres persönlichen Schicksals nur schwer am öffentlichen Leben partizipieren können, müssen die Möglichkeit bekommen teilzunehmen.

Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind Chancen für jeden einzelnen, sich einzumischen und aktiv die Gesellschaft, in der wir leben, mitzugestalten, ja, sie zu verbessern! Freiwilliges Engagement ist nicht nur Hilfe für andere, sondern bietet auch die Chance für persönliche Weiterentwicklung. Die Fähigkeit zuzuhören und auf die Nöte und Probleme anderer einzugehen ist in vielen Lebensbereichen, auch in Wirtschaft und Politik gefragter denn je.

Im Jahr 2010 engagierten sich in Deutschland 36 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre in irgendeiner Form freiwillig. Dies sind 23 Millionen Menschen.

Die meisten Menschen tun dies in den Bereichen Sport und Bewegung. Danach folgen die Bereiche mit Kindergarten und Schule sowie Kirche und Religion. Jeder siebte Freiwillige engagiert sich im Bereich Soziales, das sind rd. 5,2 % der Bevölkerung über 14 Jahre. Damit gehört dieser Sektor zu den großen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements.

Ehrenämter werden oft noch von Männern wahrgenommen. Umso erfreulicher ist es daher, dass gerade beim VdK die ehrenamtliche Arbeit von Frauen besonders unterstützt und hervorgehoben wird.

Der monatliche Zeitaufwand für das freiwillige Engagement oder das Ehrenamt beträgt nach den vorliegenden Erhebungen durchschnittlich 16 Stunden.

Der Wert des bürgerschaftliches Engagements liegt jedoch nicht nur im direkten Tun. Durch die Übernahme von sozialer Verantwortung werden die Persönlichkeit und die Sozialkompetenz gestärkt. Dies sind wichtige Eigenschaften, insbesondere für Jugendliche und ihrem beruflichen Werdegang

Ebenso wichtig ist die Ausbildung der Persönlichkeit und Entwicklung von Kompetenzen, die auch in anderen Lebensbereichen wichtig für unsere Gesellschaft sind.

Sei es in Schule, Ausbildung, Beruf oder ganz allgemein im Leben. Engagement ist also auch Lernort für lebenslanges Lernen.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass das freiwillige Engagement aus dem sozialen Bereich nicht mehr wegzudenken ist.

Das galt auch lange Zeit für den Zivildienst, der als Wehrrersatz zusammen mit der Wehrpflicht in diesem Jahr abgeschafft wurde.

Von vielen Seiten wurde die Befürchtung an die Bundesregierung herangetragen, dass unter der Abschaffung des Zivildienstes besonders die Arbeit im Sozialen Bereich zu leiden habe.

Die Bundesregierung hat daher einen Ersatz für den Zivildienst entwickelt:

den neuen Bundesfreiwilligendienst

Der neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst ist gesetzlich zum 1. Juli 2011 eingeführt worden.

Mit dem Gesetz (Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) vom 28. April 2011) werden die Freiwilligendienste in Deutschland insgesamt gestärkt und die Aussetzung des Zivildienstes als Folge der Aussetzung der Wehrpflicht zumindest teilweise kompensiert.

Der Bundesfreiwilligendienst steht Männern und Frauen jeden Alters offen. Wie in den Jugendfreiwilligendiensten dauert der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate.

Der Bundesfreiwilligendienst kann auf den bisher von Zivildienstleistenden besetzten Plätzen und in den entsprechenden Bereichen geleistet werden, also vor allem im sozialen Bereich.

Weitere mögliche Einsatzbereiche sind zum Beispiel: Sport, Integration, Kultur und Bildung. Damit deckt der Bundesfreiwilligendienst ein weites Spektrum von freiwilligem Engagement ab.

Die Freiwilligen werden gesetzlich sozialversichert. Taschengeld und die übrigen Leistungen werden nicht vorgegeben, sondern frei vereinbart. Häufig leisten

junge Freiwillige einen Bundesfreiwilligendienst in der Übergangsphase zwischen Schule und Berufsausbildung. Da sie in dieser Zeit regelmäßig von ihren Eltern unterstützt werden, wird dieser Dienst jetzt auch positiv beim Kindergeld berücksichtigt.

Die ersten Erfahrungen mit dem Bundesfreiwilligendienst sind ermutigend.

Rund 22.000 Verträge sind schon unterschrieben.

Auffällig ist, dass über

20 Prozent der so genannten „Bufdis“ über

27 Jahre alt. Das zeigt mir: Das Engagement ist auch

für die etwas lebenserfahreneren jungen Menschen

interessant!

Für den Bundesfreiwilligendienst stellt der Bund über

200 Mio. Euro im Jahr 2012 zur Verfügung.

Das gesamte Engagement des Bundes für die alle

Freiwilligendienste (Bundesfreiwilligendienst und

Jugendfreiwilligendienst) liegt sogar bei über 300 Mio.

Euro im Jahr.

Damit werden insgesamt 70.000 Plätze der freiwilligen

Arbeit gefördert.

Darüber hinaus dürfen weitere traditionelle Engagementmöglichkeiten, z.B. beim technischen Hilfswerk, nicht vergessen werden.

Für die Bundesregierung war aber auch der internationale Aspekt wichtig.

Daher haben wir einen "Internationalen Jugendfreiwilligendienst" eingeführt.

Damit werden jungen Menschen weitere interessante Möglichkeiten geboten, sich auch im Ausland zu engagieren.

Im Übrigen wird damit auch die Ausrichtung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ergänzt.

Aus dem Bundesfreiwilligendienst könnte eine neue „Kultur der Freiwilligkeit“ in Deutschland entstehen. Dies wäre ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Besonders viele Lebenserfahrenere suchen nach dem Ende der aktiven beruflichen Phase neue Aufgaben und Herausforderungen und engagieren sich, etwa in

der Betreuung und Pflege oder in
Mehrgenerationenhäusern.

Auch die Mehrgenerationenhäuser fördert der Bund
direkt. Das Folgeprogramm läuft ab Januar 2012 mit
einer dreijährigen Laufzeit fort. Insgesamt können 450
Mehrgenerationenhäuser an dem neuen Programm
teilnehmen.

Von Seiten des Bundes gibt es nicht nur eine direkte
Förderung, sondern auch eine indirekte Förderung
durch einen Verzicht auf Steuern oder Anrechnung bei
den Sozialleistungen.

Arbeitslosen ist es möglich, eine ehrenamtliche
Tätigkeit in einem Umfang von 15 Wochenstunden
oder mehr auszuüben, ohne dass sie den Anspruch auf
Arbeitslosengeld verlieren.

Für Bezieher von Arbeitslosengeld nach dem SGB II
(Hartz IV) gibt es keine zeitliche Grenze für die
Ausübung eines Ehrenamtes.

Für beide Gruppen sind bis zu einer gewissen Grenze
pauschale Erstattungsmöglichkeiten für die Kosten, die

im Zusammenhang mit dem Ehrenamt entstehen, zugelassen.

Auch wenn bei Arbeitslosen die Suche nach einer Beschäftigung im Vordergrund steht, arbeiten nahezu 30 % ehrenamtlich und sie erbringen dafür mit 22 Stunden im Monatsdurchschnitt mehr als andere Ehrenamtliche.

Wer sich ehrenamtlich engagiert, leistet einen wichtigen Beitrag für unseren Staat.

Wir honorieren dieses Engagement auch über steuerliche Förderinstrumentarien.

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist in den vergangenen Jahren die steuerliche Förderung noch ausgebaut worden – auch um das bürgerschaftliche Engagement weiter gesellschaftlich aufzuwerten.

Mehr und mehr Menschen erkennen, dass der Staat nicht in allen Lebensbereichen alles leisten kann. Sie sind daher bereit, selbst etwas für andere, für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, zu tun - sei es durch persönliches Engagement, sei es durch finanzielle Hilfen.

Mit seinen Steuergesetzen unterstützt der Staat die Aktivitäten seiner gemeinwohlorientierten Bürgerinnen und Bürger.

Sehr konkret durch die weitgehende Befreiung der gemeinnützigen Organisationen von eigenen Steuern.

Wir schaffen Anreize für Spenden und Stiftungsgründungen, in dem wir die Hingabe von Geld und Sachen für einen guten Zweck durch einen Sonderausgabenabzug in der Steuererklärung honorieren.

Wir alle wissen, dass die ehrenamtlich Engagierten ihre - oft auch knapp bemessene - Freizeit nutzen, um sich für das Gemeinwohl einzusetzen.

Sie übernehmen Aufgaben in karitativen Organisationen, in der Freiwilligen Feuerwehr, in den Sportvereinen, in der Jugend- und Altenhilfe oder auch im kulturellen Bereich.

Wir alle wollen, dass sie das auch weiterhin tun.

Daher belassen wir die Einnahmen aus der nebenberuflichen Tätigkeit als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder Pfleger alter, kranker oder behinderter bis zur Höhe von 2.100 Euro im Jahr steuerfrei.

Sonstige Tätigkeiten, wie zum Beispiel Mitglieder des Vereinsvorstandes, des Platzwartes und der Bürokräfte im Dienst oder Auftrag einer steuerbegünstigten Körperschaft sind mit bis zu 500 Euro im Jahr steuerfrei.

Mit der steuerlichen Freistellung der Einnahmen wird die Arbeit der Ehrenamtlichen gesellschaftlich honoriert.

Zum 1. Januar 2011 ist eine Steuerbefreiung für Aufwandsentschädigungen der ehrenamtlichen rechtlichen Betreuer, Vormünder und Pfleger eingeführt worden. Es geht hier nicht um die Pflege alter, kranker und behinderter Personen.

Vielmehr gilt diese Vorschrift für ehrenamtliche Betreuer, die durch das Amtsgericht bestellt wurden, um Personen, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der

Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen.

Die Neuregelung ist ein Beitrag zur Anerkennung und Entlastung der rechtlichen Betreuer.

Die Einführung dieses Freibetrags trägt maßgeblich dazu bei, die wirtschaftliche Situation der rechtlichen Betreuer zu verbessern und die ehrenamtliche Vormundschaft zu stärken.

Ab 2011 kann die neue Steuerbefreiung bis zur Höhe von 2.100 Euro im Kalenderjahr in Anspruch genommen werden.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bedeutet für mich Stärkung der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an unserem Gemeinwesen.

Um die Teilhabe zu stärken und die Potentiale der Gesellschaft zu entfalten, braucht es beides:

- den aktivierenden Staat und

- die für das Gemeinwohl aktiven Bürgerinnen und Bürger.

Träger der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements sind Vereine und Verbände:

- Sie ermöglichen gesellschaftliche Selbstorganisation.
- Sie geben dem Engagement Halt und Dauer und sie vermitteln und stärken soziale und bürgerschaftliche Kompetenzen wie Verantwortungsübernahme, Konfliktfähigkeit und Gemeinwohlorientierung.
- Letztlich tragen sie dadurch auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Die Förderung über steuerliche Vergünstigungen wie z.B. dem Gemeinnützigkeitsstatus ist damit auch ein Beitrag des aktivierenden Staates.

Erfüllen die Körperschaften die gesetzlichen Voraussetzungen, dann sind sie von bestimmten Steuerarten wie beispielsweise Körperschaftsteuer oder Gewerbesteuer befreit oder genießen wie bei der Umsatzsteuer eine bevorzugte Behandlung.

Wie Sie wissen, betreiben viele Vereine wirtschaftliche Betriebe, wie zum Beispiel eine Gaststätte im Vereinsheim. Hintergrund dieser Aktivitäten sind keine originär wirtschaftlichen Interessen, sondern der Sinn des Betriebes erschöpft sich in der Mittelbeschaffung für die gemeinnützigen Zwecke.

Auch in diesem Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit erfahren die Vereine steuerliche Erleichterungen.

Für viele Körperschaften sind solche wirtschaftlichen Tätigkeiten die einzige Möglichkeiten, ihre Ziele und Zwecke zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Behindertenwerkstätten hinweisen, in denen Menschen mit einer Behinderung arbeiten und einen Beruf erlernen können.

Solche Zweckbetriebe werden im deutschen Steuerrecht ganz besonders unterstützt und genießen Steuererleichterungen.

Alle gemeinnützigen Vereine sind auf Spenden angewiesen, um ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit finanzieren zu können.

Das Spendenrecht ist daher in der Vergangenheit wesentlich vereinfacht worden. Spenden können nun bis zu einer Höhe von 20% der Einkünfte als Sonderausgabe abgezogen werden und mindern so das steuerpflichtige Einkommen des Spenders.

Bei Spenden bis zu 200 Euro können diese durch Vorlage des Einzahlungsbelegs oder der Buchungsbestätigung der Bank nachgewiesen werden.

Dies stellt eine Erleichterung sowohl für die Vereine als auch für die Spender dar und trägt dazu bei, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung hoch zu halten.

Auch diese Schlagzeile ist Ihnen sicher geläufig:

Deutschland altert – der demografische Wandel findet statt.

Die vermehrte Nachfrage nach ehrenamtlicher Betätigung im sozialen Bereich ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist eine zahlenmäßig zunehmende Erbgeneration, die das über Jahrzehnte erworbene Vermögen einem bestimmten Zweck zur Verfügung stellen möchte.

Das Steuerrecht hat auch für diesen Bedarf ein Instrumentarium geschaffen.

So sind die Regelungen zu der steuerlichen Berücksichtigung von Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung ausgeweitet worden. Der bisherige Höchstbetrag von 307.000 Euro wurde auf eine Million Euro angehoben.

Die Voraussetzung, dass die Spende anlässlich der Neugründung der Stiftung geleistet werden muss, ist entfallen. Somit sind auch Spenden in den Vermögensstock bereits bestehender Stiftungen begünstigt.

Unter bestimmten Umständen können auch Zuwendungen an Stiftungen auch für die Zukunft

geltend gemacht werden, wenn im Jahr der Spende der Höchstbetrag schon erreicht wurde.

Die Bundesregierung misst dem bürgerschaftlichen Engagement eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit zu. Mindestens ebenso wichtig wie die bereits erwähnten Förderungen ist es die richtigen Rahmenbedingungen für ein zunehmendes freiwilliges Engagement zu setzen.

Damit das Bürgerschaftliche Engagement weiterhin attraktiv und erfolgreich bleibt, müssen wir immer wieder den zu Tage tretenden Veränderungen Rechnung tragen:

So engagieren sich bspw. Jugendliche zwar nahezu im gleichen Maße wie andere Altersgruppen. Aber Motive und Art des Engagements sind anders und entsprechen den Interessenlagen der Jugendlichen. Ihr Engagement ist oft informell - also nicht an Organisationen - gebunden.

Eine eigene Betrachtung verdient auch die Gruppe der älteren Menschen. Sie ist aktuell die am stärksten wachsende Gruppe im ehrenamtlichen Engagement:

nicht nur zahlenmäßig sondern auch im Anteil der Engagierten in ihrer Altersgruppe – 37 % der 60 bis 69-Jährigen und immerhin noch 25 % der über 70-Jährigen sind ehrenamtlich tätig.

Besonders den älteren Menschen ist es wichtig, tatsächlich auch Anerkennung für ihr Engagement zu erfahren.

Engagement darf nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen werden.

Engagement lebt von dieser Anerkennung - auch von der öffentlichen Anerkennung. Deshalb ist es notwendig, das Bewusstsein für die Bedeutung und den Wert von Engagement zu fördern. Die Ehrenamtlichen haben es verdient, und es hilft, für soziales Engagement zu begeistern und zu mobilisieren.

Eine von Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen an der Universität Heidelberg zeigt, wie wichtig auch der Kompetenzerwerb im Ehrenamt ist:

- Qualifizierung und Begleitung sind fester Bestandteil einer Anerkennungskultur im Engagement.
- Kompetenzen müssen sichtbar gemacht werden, daher sind Kompetenznachweise wichtig.
- Ein System der Anerkennung für Freiwillige und ein Freiwilligenmanagement sind wichtig für die Anwerbung Freiwilliger.
- Qualifizierung bedeutet eben auch Anerkennung des Engagements und Anerkennung ist die wichtigste Form der Förderung des Engagements

Damit die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements weiter steigt, hat die Bundesregierung mit ihrer Engagementstrategie, den Deutschen Engagementpreis eingeführt. So soll die öffentliche als auch die mediale Anerkennung weiter verstärkt werden. Daneben soll die Engagementstrategie unter Leitung des BMFSFJ helfen:

- Die Engagementpolitik aller Ressorts zu koordinieren,
- die Kooperation mit den Ländern zu intensivieren und
- die Zusammenarbeit mit Unternehmen zur Förderung von corporate citizenship zu intensivieren sowie strategische Partnerschaften mit Stiftungen anzugehen.

Die Wohlfahrtsverbände wissen um die Bedeutung des Engagements und sie wissen, dass unser Gemeinwesen auf ehrenamtliches Engagement angewiesen ist.

Die Wohlfahrtsverbände sind Orte des konkreten Engagements und Einsatzes und sie fördern Engagement in vielfältiger Weise.

Nur in einer stabilen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden; der VdK ist dabei ein ganz wichtiger Partner.

Deshalb ist es wichtig, dass alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenwirken, sich strategisch ausrichten und an einem Strang ziehen – für eine starke Bürgergesellschaft, an der alle mitwirken und in der sich alle aufgehoben fühlen.

Denn viele Menschen haben Sehnsucht nach Gemeinschaft und die meisten haben eine Lebensvorstellung, bei der nicht nur materielle Fragen im Zentrum stehen.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen allen meine höchste Anerkennung und meinen größten Dank aussprechen.

Dem Bayreuther Kreisverband wünsche ich auch für die Zukunft eine erfolgreiche und für viele Menschen segensreiche Arbeit.